

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 17

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Die Tupamaros sind doch so liebe Henker
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092614>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Svoboda und die Okkupation

(Fortsetzung von Seite 9)



Die Identität des nationalsozialistischen und sowjetsozialistischen Einmarsches wurde von der Bevölkerung in den Tagen nach der Okkupation auf Häuserwänden und Fensterscheiben mit diesem Zeichen ausgedrückt: Das Hakenkreuz im Sowjetstern. «Ich bin kein Hacha», soll Svoboda zu Breschnew gesagt haben. Aber damit anerkannte er die sonstige Parallellität der historischen Situation.

(Von diesem Ziel ist inzwischen die okkupierte CSSR mit Svoboda als Staatsoberhaupt Schritt für Schritt bis weit hinter den «Nullpunkt» vom Januar 1968 zurückgewichen. Der Januarkurs von 1968 gilt als konterrevolutionär, das KP-Aktionsprogramm vom April 1968 erst recht; Red. ZB.)

«Ich heiße nicht Hacha»

Ich kann mir im Augenblick, da ich seine Radiorede höre, noch keine Vorstellung vom Kampf machen, den General Svoboda im Krenl ausgefochten hat. Am nächsten Tag erfahre ich in der Redaktion aus zuverlässiger Quelle, dass er energisch darauf bestanden habe, mit Breschnew, Kossygin und Podgorny nur dann zu verhandeln, wenn Dubcek, Cernik und Smrkovsky freigelassen würden und an den Verhandlungen teilnehmen könnten. Ich bin auch nicht eigentlich überrascht, zu vernehmen, dass Svoboda den Sowjets erklärt habe, er werde sich erschieszen, wenn man seine Forderungen nicht erfülle. «Ich heiße nicht Hacha», soll er Breschnew erklärt haben.

(Hacha war im Oktober 1938 tschechoslowakischer Staatspräsident geworden. In der Nacht vom 14. auf den 15. März 1939 zwang ihn Hitler bei Verhandlungen in Berlin zum Gesuch, der Führer möge in Böhmen und Mähren das Protektorat übernehmen. Und Hacha willigte ein, im Protektorat nach dem Einmarsch der deutschen Truppen weiterhin als Staatspräsident zu figurieren. Die Parallele zu Svoboda drängt sich somit geradezu auf. Vielleicht ist sie ungerecht.

Wenn aber Svoboda seinem «Verhandlungspartner» Breschnew ausdrücklich sagte, er heiße nicht Hacha, so zeigt das immerhin, dass er die sonstige Parallellität der historischen Situation als gegeben erachtete: Der Sowjetsozialismus spielt für die Tschechoslowakei die gleiche Rolle wie seinerzeit der Nationalsozialismus. Die Parallellität ist in Osteuropa sogar den Repräsentanten

der sowjetisch kontrollierten Macht eine Selbstverständlichkeit. Nur die westlichen Politiker ziehen es vor, sie nicht zu sehen. Denn sonst müssten sie sich auch der eigenen Parallellität zu Chamberlain bewusst werden, der Hitler glaubte, dass er nach Einverleibung der Tschechoslowakei keine weiteren territorialen Forderungen an Europa mehr habe... Red. ZB.)

Latinamerikanische Uebersicht

Die Tupamaros sind doch so liebe Henker

Von unserem Interimskorrespondenten aus Montevideo

Latinamerika ist als Kontinent dem mehrseitigen Terror und Faustrecht vollkommen ausgeliefert. Die Entführungen, Morde und Geiselererschiesungen, zu denen die Tupamaros im demokratischen Uruguay gegriffen haben, zeigen an, dass es keineswegs nur um die Bekämpfung von jeweils gegebenen militaristischen, feudalen und diktatorischen Strukturen geht.

Argentinien: Die Revolutionäre sind rechtsextremer Herkunft

In Argentinien gelang es der Polizei zu beweisen, dass dieselben Terroristen für den Mord an dem Expräsidenten Aramburu, für den Ueberfall auf das Städtchen La Calera im Bundesstaate Cordoba kurz danach und für den Mord am «neoperonistischen» Gewerkschaftsführer August Vandor vor zwei Jahren verantwortlich sind. Es handelt sich um «revolutionäre» Peronistengruppen, die seither ein anderes Städtchen, diesmal in der Nähe von Buenos Aires, überfielen und ausraubten (fast genauso wie die uruguayischen Tupamaros, die im Oktober vorigen Jahres das Städtchen Pando überfielen). Rundfunkstationen, Banken, Armee- und Polizeiposten angreifen und wenn immer möglich ausplündern. Nach dem argentinischen Präsidenten, General Levingston, ist die internationale Subversion für die Guerillatätigkeit verantwortlich, die das Land seit einigen Jahren heimsucht. Sie hat nach Darstellung des Präsidenten Argentinien auserkoren, weil Lateinamerika dadurch verteidigungslos wird, wenn Argentinien fällt. Diese Auffassung, die auch sein Vorgänger Ongania teilte, stimmt nicht ganz mit den Tatsachen überein. Die bisher gefassten Verbrecher im Fall Aramburu und La Calera sind Argentinier, ihre geistigen Paten die Priester der Dritten Welt, und politisch bekennen sie sich zum Peronismus. Die Terroristen verüben ihre Verbrechen in erster Linie als Argentinier gegen andere Argentinier und im Namen einer Strukturänderung Argentinien.

Brasilien: Guerillas contra Todeskommandos und das Schiedsgericht der Frommen

Es ist auch nicht richtig, dass Argentinien zum Zentrum der Subversion auserkoren wurde. Brasilien wird seit mehreren Jahren von starken und lang andauernden Wellen von Terrorismus, Menschenentführung und Raubüberfällen heimgesucht.

Die Guerillas sind bis in wichtige Abteilungen der Regierung und der Streitkräfte eingedrungen. Vor kurzem wurde ein Major der Luftwaffe und ein Beamter der Justiz festgenommen und angeklagt, der subversiven Organisation VAR-Palmares anzugehören. Dagegen wurden allerdings zwei frühere Abgeordnete, die ange-

klagt waren, im Bundesstaat Rio Grande do Sul subversive Gruppen organisiert zu haben, von einem Militärgericht freigesprochen.

Während die Regierung Garrastazu-Medice einerseits gegen die Stadt- und Landguerillas zu kämpfen hat und andererseits versucht, den sogenannten «Todeskommandos» Einhalt zu gebieten, beschäftigen sich die 40 Terroristen, die im Austausch mit dem deutschen Botschafter von Holleben nach Algerien gesandt wurden, damit, die Werbetrommel für die gewaltsame Revolution und den Umsturz der Gesellschaftsordnung in Lateinamerika zu rühren. In Interviews mit Journalisten und Vertretern internationaler Nachrichtenagenturen aus allen Teilen der Welt, in Versammlungen und Vorträgen an westeuropäischen Universitäten, die sie einluden, beschreiben sie sich als freigelassene «politische Häftlinge», die die «Diktatur» bekämpften, um «das brasilianische Volk zu befreien», wobei sie unerwähnt lassen, dass es gerade dieses Volk ist, das am meisten unter ihren blutigen Terrorakten zu leiden hatte. In Deutschland sollen sich drei Millionen katholische Bürger an den Papst gerichtet haben und ihn zur Stellungnahme gegen die brasilianische Regierung aufgefordert haben. Diese Menschen scheinen zu übersehen, dass es die Guerillas waren, die den deutschen Botschafter kidnapteten, wogegen es die brasilianische Diktatur war, die 40 nachweisliche Mörder, Räuber und Verschwörer aus dem Gefängnis liess, um dem Diplomaten das Leben zu retten.

Uruguay: Darf ein Staat die Erpressung ablehnen?

Abgesehen von Guatemala, wo sich schon über ein Jahrzehnt blutige Kämpfe zwischen Guerillas und Regierungskräften ereignen, von Venezuela und Kolumbien, wo Aufständische in den Bergen und Wäldern zeitweise ganze Teile eines Departements beherrschen, von Bolivien, wo seit dem Tod von Ernesto Guevara immer wieder neue Guerillaherde entdeckt werden — abgesehen von diesen und andern Beweisen, dass Argentinien nicht unbedingt das Zentrum der gesamten lateinamerikanischen Guerillaaktion ist, muss auch Uruguay berücksichtigt werden, dessen Stadtguerillas, Tupamaros genannt, in der ganzen Welt bekannt sind.

In diesem kleinen, friedlichen Ländchen hatten bisher keine Entführungen von Diplomaten

stattgefunden. Die Tupamaros galten — obgleich ihnen zahllose Raubüberfälle und Dutzende von Gewalttaten, einschliesslich die Ermordung von Polizisten und andern, nachgewiesen wurden — vor allem im Ausland als «Idealisten», «Robin Hoods», «Gentlemen-Revolutionäre» und «gute Terroristen». Plötzlich ereigneten sich, eine Woche nachdem ein Richter entführt worden war, an einem Tag vier Menschenraubversuche, von denen zwei gelangen: an dem brasilianischen Konsul und an einem Sicherheitsexperten, der der uruguayischen Polizei innerhalb des AID-Hilfsprogramms zugeteilt worden war. Im Gegensatz zu seinem brasilianischen Kollegen blieb Präsident Pacheco stark: nach uruguayischem Recht gibt es keine Formel, nach der die Exekutive, wie von den Tupamaros verlangt, sämtliche festgenommenen Terroristen aus Untersuchungshaft oder Gefängnis freilassen kann. Auch die legislative Gewalt sah keine Möglichkeit, die Verbrecher, die wegen Mord, Raub, Diebstahl, Aufruf zum Aufstand usw. verurteilt worden waren (in Uruguay gibt es den Status der politischen Häftlinge nicht), vorzeitig zu entlassen.

Im Parlament legte ein Oppositions-Abgeordneter einen Gesetzesentwurf vor, der nicht nur die Amnestie für alle sogenannten «politischen Gefangenen» bestimmt, sondern auch die Wiedereinstellung aller Angestellten und Beamten, die während der letzten zwei Jahre auf Grund der Sicherheitsmassnahmen wegen Sabotage, unerlaubten Streiks in lebenswichtigen Diensten (Elektrizität, Wasser, Telefon, Hospitäler usw.) entlassen worden waren. Der Entwurf fand verständlicherweise ebensowenig Anklang unter der Bevölkerung wie im Parlament. Ein anderer Vorschlag, die Gefängnisstrafen in eine «Verbannungsstrafe» zu verwandeln, schlug fehl, weil die uruguayischen Strafgesetze die Verbannung nicht enthalten.

Wenige Tage nach den ersten Entführungen wurde ein weiterer AID-Techniker, diesmal ein Agronom, gekidnappt; der uruguayische Richter wurde freigelassen. 10 000 bis 12 000 Polizisten und Soldaten, aus dem ganzen Land herbeigeht, untersuchten die 1,5-Millionen-Stadt Montevideo Haus für Haus; sechs Polizisten gelang es, neun Terroristen in eine Falle zu locken und festzunehmen. Es befanden sich darunter einige der wichtigsten Mitglieder der Tupamaro-Organisation. Aber das Verhör blieb erfolglos — körperliche und psychische Torturen sämtlicher Art sind in Uruguay verboten; die Anwendung von Pentothal oder andern «Wahrheitsdrogen» als letzter Versuch, die Verstecke der Entführten zu erfahren, wurde von dem Richter verboten. Schliesslich wurde der kaltblütig ermordete Körper des Amerikaners in einem gestohlenen Auto aufgefunden. Das Parlament beschloss, den Tag als Trauertag in ganz Uruguay zu erklären; in dem Land, das vor 75 Jahren die Todesstrafe abschaffte, rieten manche ernstlich, sie wie in Argentinien wieder einzuführen.

Wer selbst seine entführten Gefangenen umbringt, will als «Kriegsgefangener» behandelt sein

Die Entrüstung im ganzen Land war einstimmig. Fast alle politischen Parteien und Gruppen gaben jedoch einstimmig den Terroristen die Schuld und stellten sich geschlossen hinter Präsident Pacheco, und im Parlament wurde mit grosser Mehrheit ein Gesetzesentwurf angenommen, der — wie in der Verfassung für derartige

Fälle vorgesehen — die Aufhebung der persönlichen Rechte während 20 Tagen vorsieht. Regierung und Bevölkerung waren mehr denn je entschlossen, dem Terror ein Ende zu bereiten, selbst wenn dies drastische Massnahmen erfordern sollte.

Die festgenommenen Tupamaros selbst erklären, dass sie «Kriegsgefangene» seien, und wollen sich unter die Bestimmungen der Genfer Konvention bezüglich Kriegsgefangene stellen. Wenn dies nicht so ernst wäre, könnte man lachen: Menschen, die einen Gefangenen, der bei seiner Entführung schwer verletzt wurde, mit einem Schuss in den Rücken ermorden, bestehen darauf, dass man sie wie «Kriegsgefangene» behandelt.

Während seitens Brasiliens ernste Vergeltungsmassnahmen angedroht werden, hat sich die Regierung Argentinien (wo vor einigen Monaten ein paraguayischer Konsul freigelassen wurde, nachdem der damalige Präsident Onganía sich geweigert hatte, die im Austausch geforderten Verbrecher freizulassen) eindeutig auf die Seite Uruguays gestellt.

Gemeinsame Aktion der Regierungen(?)...

In Argentinien wird in Regierungskreisen auf die Möglichkeit hingewiesen, in Kürze die Initiative zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Bedrohung durch Guerillas zu ergreifen.

Der argentinische Plan einer gemeinsamen Guerillabekämpfung sieht vor allem eine Verbesserung des Nachrichtenwesens und einen ständigen und erweiterten Informationsfluss zwischen den Sicherheitsorganen und den Streitkräften der betreffenden Länder vor. Als erste Kooperationspartner werden Uruguay und Brasilien erwähnt, aber Chile, das eine viele Hunderte von Kilometern lange Grenze gemeinsam mit Argentinien hat, sowie auch Paraguay müssten ihre Unterstützung versprechen. Vorläufig wurde die Aussenministerkonferenz der De-la-Plata-Länder, die in Asunción stattfinden sollte, vertagt; wenn sie, wie erhofft wird, in Bälde sich doch treffen, so wird das Problem der Abwehr des Terrorismus wahrscheinlich den Vorzug über die wirtschaftlichen und kommerziellen Probleme haben.

Am 7. August übernahm in Kolumbien der gewählte Präsident Misael Pastrana Borrero ohne Zwischenfälle die Präsidentschaft. Das ist um so bemerkenswerter, als die Anhänger des Exdiktators Gustavo Rojas Pinilla, die ANAPO, angekündigt hatten, dass «Ströme von Blut fliessen werden, bis eine Machtergreifung durch das Volk erreicht ist». Gegen Pastrana Borrero und den vorigen Präsidenten, Carlos Lleras Restrepo, wurden von der Tochter Pinillas, der Senatorin Maria Eugenia Rojas de Moreno Diaz, Drohungen vorgebracht, einen Aufstand heraufzubeschwören, wenn ihr Vater nicht die Präsidentschaft einnehmen könne. Maria Eugenia war in Abwesenheit ihres Vaters aus Miami nach Bogota zur Uebernahme der Leitung der ANAPO gekommen und gab die väterlichen Anweisungen an die 110 Parlamentsabgeordneten weiter. Pastrana erklärte, er würde gegen jegliche Ungesetzlichkeit kämpfen, sowohl seitens der ANAPO als auch der Guerillas. Dass diese beiden Gruppen nicht völlig unabhängig voneinander sind, lässt das Beispiel Argentinien vermuten.

Bolivien taumelt von einer Krise in die andere, und man muss das Stehaufmännchen Ovando wirklich bewundern, dass es ihm gelungen ist, überhaupt an der Macht zu bleiben, geschweige

denn verhältnismässig fest im Sattel zu sitzen, wie es jetzt der Fall zu sein scheint. Das neue Kabinett ist identisch mit dem vorherigen, mit der einzigen Ausnahme des weit linksstehenden ehemaligen Informationsministers Alfredo Bayley. Der Aussenminister Camacho Omiste erklärte, der Augenblick sei gekommen, eine nationale Linkspolitik zu führen, da man sich andernfalls in dem Wortschwall eines veralteten Nationalismus verlieren würde. Ovando lobte seinerseits die Hilfe der Russen beim Zustandekommen des vor kurzem in Moskau unterschriebenen Handelsvertrages.

... und internationale Guerilla-Integrierung

Seit einiger Zeit haben auch die bolivianischen Guerillas wieder einen Aufschwung erlebt. Besondere Hilfe wird ihnen indirekt durch die bolivianische katholische Kirche gewährt, deren lautstärkster Teil ultra-«progressiv» ist.

Die bolivianischen Guerillas unter Leitung von «Chato» Peredo sind jedoch auf der Suche nach Unterstützung aus dem Ausland. Peredo kündigte an, dass er ein Schreiben an die uruguayischen Tupamaros gesandt habe, in dem die «offizielle Zusammenarbeit» zwischen beiden Gruppen unterstrichen wird. Er wies darauf hin, dass es Zeit wäre, anzufangen, eine Integrierung der Guerillas auf internationaler Ebene zustande zu bringen. Eine «De-facto-Zusammenarbeit» mit den Tupamaros, fuhr Peredo fort, habe schon seit Jahren bestanden, aber es müssten jetzt engere Beziehungen aufgebaut werden. Da die Tupamaros nicht auf die bolivianischen Terroristen angewiesen sind, liegt der Schluss nahe, dass es umgekehrt ist.

Die Militärregierung in Peru unternahm die bisher radikalste aller Reformen mit der Veröffentlichung eines Dekretes, das unter anderem die Beteiligung der Arbeiterschaft mit neun Prozent an Gewinnen bestimmt. Das Dekret sieht vor allem auch die teilweise Rückführung von ausländischem zu nationalem Kapital vor und soll «das Ende des kapitalistischen Systems und seiner veralteten wirtschaftlichen Strukturen besiegeln und die Grundlagen zur Schaffung einer neuen Gesellschaft ermöglichen».

Kuba: Castro ist nicht zurückgetreten, aber dafür werden Wirtschaftssaboteure hingerichtet

Vor einer Gruppe chilenischer Journalisten, die Kuba besuchten, äusserte Castro die Meinung, dass er «nichts dagegen hätte, diplomatische Beziehungen zu einigen lateinamerikanischen Ländern, wie zum Beispiel Peru, aufzunehmen», dass er jedoch nichts unternehmen würde, um die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Peru zu fördern, dies, um zu verhindern, «dass die Imperialisten diesen Umstand zum Vorwand nehmen, um gegen die peruanische Regierung vorzugehen». Wahrscheinlicher ist, dass Fidel Castro keine Lust hat, eine eventuelle Ablehnung seines Angebots hinzunehmen.

Nachdem Fidel Castro drei Stunden lang in Radio und Fernsehen Selbstkritik geübt, sich auf die Brust geschlagen und erklärt hatte, bereit zu sein, zurückzutreten, wurden die «wirklichen» Ursachen des Versagens gesucht... und gefunden. Ein Beispiel: Ein Mann namens José Pérez Mateus wurde hingerichtet. Sein Verbrechen: Wirtschaftssabotage! Er hatte ein Zuckerlagerhaus angezündet, ohne dass persönlicher Schaden entstand. ■

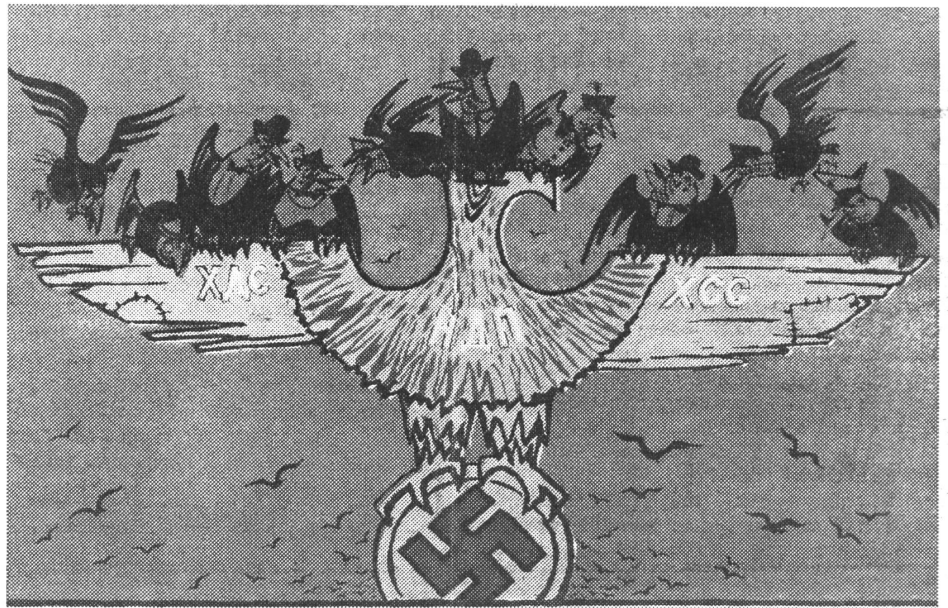
Die neue «Vertraglichkeit»

Unsere Beispiele von karikaturistischer Behandlung Bonns während der sowjetisch-deutschen Verhandlungsperiode haben symptomatische Züge.

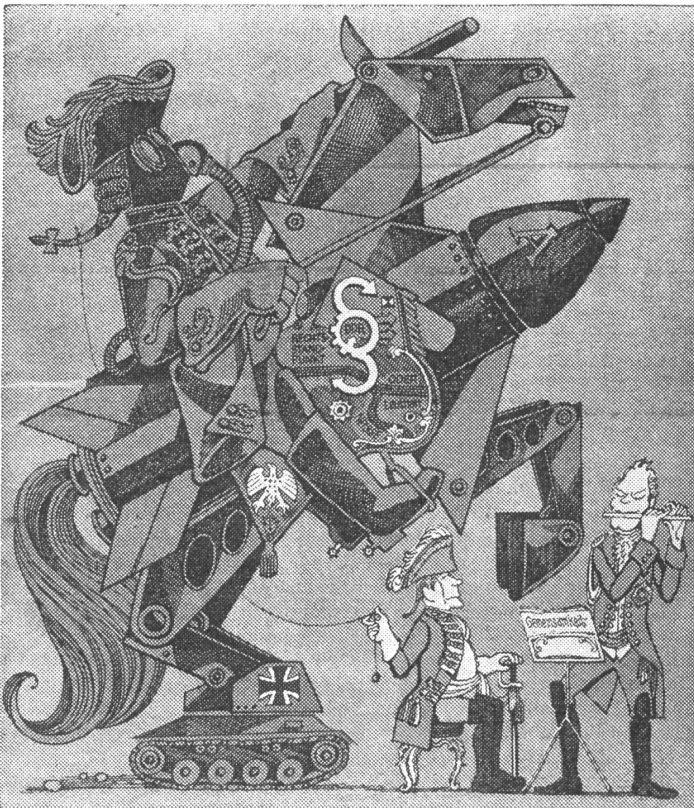
Was die sowjetische Darstellung angeht, so hat ihre Hassintensität gegenüber früher zum mindesten nicht nachgelassen, aber sie zeigt jetzt charakteristischerweise eine Spezialisierung: Unter Beschuss liegt nicht so sehr die Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit, wie das bis anhin üblich war, als vielmehr die Opposition. Sie will man jetzt spezifisch als faschistisch und hitlerisch etikettieren, und durch tausend Kanäle wird der Bundesregierung samt progressiver westdeutscher Öffentlichkeit nahegelegt, im Interesse einer erspriesslichen Zusammenarbeit mit dem neuen sowjetischen Freund eine möglichst identische Sicht zu pflegen.

Die DDR ihrerseits hält sich noch eher an das kompakte Feindbild gegenüber dem Feindstaat. Hier sieht man Brandt die Gemeinsamkeitsscham spielen, während sein Kriegskumpan das Atomross sattelt.

Jugoslawien verhält sich neutral und begrüsst den Brückenschlag. Das ist dort die maximal mögliche Distanzierung gegenüber Moskau. Die Zeichnung entspricht den westlichen Darstellungen. Gelten bei uns schon die gleichen Tabus wie im aussenpolitisch keineswegs unabhängigen Belgrad?



Grundlagen der Bonner Opposition (CDU und CSU als Flügel der NPD). «Krokodil», Moskau.



Zur Weiterführung des Baus braucht es eine internationale Ausschreibung. («Vjesnik», Zagreb)

«Wir brauchen kein besonderes Abkommen. Der Geist von Potsdam ist auch so in uns lebendig!» («Eulenspiegel», Ost-Berlin)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreislste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Bulletin d'études politiques (Monatszeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa) • Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse) • Service de presse I. S. E. (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticario (spanischer Wochendienst für Redaktoren in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung (kostenlose Monatsübersicht: Das politische Buch) • Verlag.